

**Zeitschrift:** Schweizerische Monatshefte für Politik und Kultur  
**Herausgeber:** Genossenschaft zur Herausgabe der Schweizerischen Monatshefte  
**Band:** 3 (1923-1924)  
**Heft:** 11

**Rubrik:** Politische Rundschau

#### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

#### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

#### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 21.02.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# Politische Rundschau

## Schweizerische Umschau.

Die Ruhe des Herrn Motta. — Genfer Chronik. — Die Schweiz und das europäische Gleichgewicht. — Journalistenreisen: Eine Entgegnung und Wiederentgegnung. — Das Wiederaufblühen der Fremdenindustrie. — Arbeitszeitverlängerung.

„In Ruhe und auch im Vertrauen warten wir den Fortgang der Angelegenheit ab,“ hat unser Außenminister vor einem Monat im Nationalrat auf die Interpellation Seiler über den Stand der Zonenangelegenheit geantwortet. Daß Herr Motta in der Tat „in Ruhe“ den Fortgang der Zonenangelegenheit abwartet, haben wir seit zehn Wochen festzustellen Gelegenheit gehabt. Denn zehn Wochen sind es jetzt her, seit am 12. November die letzte schweizerische Note abgegangen; und nie ist ein Wort des Unwillens über das Ausbleiben der französischen Antwort oder der Drohung mit Gegenmaßnahmen an die Adresse der französischen Regierung über die Lippen des allmächtigen Lenkers unserer außenpolitischen Geschicke geflossen. Lediglich an die Adresse des Schweizervolkes wurden zur Besänftigung allfällig sich regenden Unwillens von Zeit zu Zeit beruhigende Mitteilungen des Inhalts erlassen: die französischen Juristen seien mit der Absaffung der Note beschäftigt, diese werde noch vor Ende der Dezemberession der Bundesversammlung in Bern erwartet; oder: über den Zeitpunkt der Überreichung der französischen Note wisse man in Bern nichts bestimmtes, aber es sei möglich, daß sie, an der in Paris lebhaft gearbeitet werde, demnächst eintreffe u. s. w. u. s. w.

Seit zehn Wochen arbeiten nach der Darstellung unseres Politischen Departements also sämtliche Rechtsgelehrten Frankreichs an der Ausarbeitung der französischen Antwortnote, in der von schweizerischer Seite ein einfaches Ja oder Nein auf die Frage, ob die französische Regierung ein schiedsgerichtliches Verfahren annehmen will oder nicht, verlangt wird. Auf diese „Tatsache“ baut Herr Motta denn wohl auch sein Vertrauen auf, mit dem er den Fortgang der Angelegenheit abwartet. Wir müssen gestehen, daß wir zu unserm Leidwesen zu der Entschlossenheit Herrn Mottas, diese Zonenangelegenheit zu einem eines selbständigen Staates würdigen Ende zu führen, nicht das nämliche Vertrauen aufzubringen vermögen, wie es Herr Motta zu Poincarés Tröllerei zu besitzen vorgibt. Unwillkürlich steigen uns wieder Erinnerungen aus dem Jahre 1921 auf. Am 24. März 1921 brachte die französische Regierung einen Gesetzesentwurf ein, der sie zur Verlegung der Zollgrenze an Genfs politische Grenze ermächtigen sollte. Das Politische Departement, das am 26. März von diesem beabsichtigten Schritt der französischen Regierung in einer Note Kenntnis erhalten hatte, antwortete darauf am 19. April in würdiger Form: die Schweiz würde ein solches einseitiges Vorgehen als „einen mit dem Völkerrecht in Widerspruch stehenden Gewaltakt“ ansehen und sich alle Schritte vorbehalten. In einem, unterm Datum des 7. August desselben Jahres abgeschlossenen Abkommen, sehen wir aber das nämliche Politische Departement gegen einige wirtschaftliche Kompensationen vorübergehender Natur, dem angekündigten Gewaltakt Frankreichs, der Verlegung der französischen Zolllinie an Genfs Grenzen, vorbehaltlos zustimmen, nachdem in den vorhergehenden Monaten, ebenfalls durch das nämliche Politische Departement, die einmütige Entschlossenheit Genfs, keinem Druck Frankreichs zu weichen, zersprengt worden war.

Wir hoffen, daß unser Pessimismus sich bald als ungerechtfertigt erweisen werde, schon deswegen, weil aus einem abermaligen „Umfall“ unserer auswärtigen Leitung Frankreich zweifellos die weitgehendsten Folgerungen in der Hinsicht ziehen würde, daß der Schweiz gegenüber jeder Gewaltakt erlaubt und möglich sei, indem die Schweiz selbst jeweils nur anfänglich Widerstand leiste und einige große Worte dagegen rede, nachher aber klein beigebe und sich stillschweigend in die Vergewaltigung schicke.

Aus Genf ist in den letzten Wochen wenig zu hören gewesen. Das Komitee für die Beibehaltung der Zonen hat kürzlich eine Versammlung abgehalten, in der u. a. von dem Vorprojekt der Genfer Handelskammer für ein Abkommen mit Frankreich und davon die Rede war, wie auf dem langen Weg, den Genf zur Wiedererlangung seines Wohlstandes zu durchlaufen haben werde, die Zonenfrage stets im Auge behalten werden müsse. Was Genf machen müßte, wenn es ein zweites Mal vom Bundesrat, bezw. vom Politischen Departement in seiner heutigen Besetzung im Stich gelassen werden sollte, davon wurde nicht gesprochen. Dagegen scheint es, daß Genf sich weiter in zunehmendem Maße auf sich selbst und seine, auf der Zugehörigkeit zur Schweiz gestützte, geistige und politische Selbständigkeit besinnt. Wenn die Agentur-Meldung über den Ankauf der beiden Genfer Blätter, die bisher den beherrschenden Einfluß auf die Masse der Genfer Bevölkerung ausübten, der „Tribune de Genève“ und der „Suisse“, durch gut genferisch (und schweizerisch) gesinnte Kreise sich bewahrheitet, so bedeutet das für Genf einen gewaltigen Schritt vorwärts in der Lösung aus der geistigen und politischen Einflußsphäre Frankreichs. Wir persönlich würden dabei eine große Genugtuung empfinden, denn wir haben in diesen beiden, für die Ziele der französischen Politik hegenden Blätter immer einen Krebschaden unseres öffentlichen Lebens erblickt und sind deswegen während der Kampagne der Zonenabstimmung und vorher und nachher von ihnen denn auch in einer Art verleumdet und begeisert worden, die alles Maß überstieg. Möchte diese Reinigung unseres schweizerischen Bodens und Blätterwaldes von solchen Giftpflanzen recht bald weitere Fortschritte machen. Es bleibt noch immer manches zu röden.

\* \* \*

In einem vielbeachteten Artikel hat sich Oberst v. Sprecher, unser ehemaliger Generalstabschef, im „Berner Tagblatt“ kürzlich über unser Heerwesen ausgesprochen und am Schluß seiner Ausführungen einige Betrachtungen über die allgemeine politische Lage der Schweiz angestellt, die dahin ausmündeten, daß unsere Armee den wahren Wert für die Behauptung unserer Unabhängigkeit erst erhalte, wenn zwischen den uns umgebenden Großmächten ein gewisses Gleichgewicht bestehe, wie es vor 1914 der Fall gewesen sei, und daß daher unsere Außenpolitik, sofern wir eine solche betätigen könnten, auf die Wiederherstellung eines europäischen Gleichgewichtes gerichtet sein sollte, und daß ein solches Gleichgewicht unsere Selbständigkeit viel sicherer gewähre als die Zugehörigkeit zum Völkerbund, dem Bunde der heute Mächtigen, in deren Streitfragen wir durch diese Zugehörigkeit nur verwickelt werden.

Die geistigen Inspiratoren Herrn Mottas und seiner Außenpolitik, die Zwillingssbrüder im Geiste, v. Ernst vom „Vaterland“ und Pierre Grellet von der „Gazette de Lausanne“, erblickten in derartigen Betrachtungen mit Recht einen Einbruch in ihren Herrschaftsbereich und gingen in ihren Blättern zum Gegenangriff über. Herr Grellet machte Oberst v. Sprecher in erster Linie zum Vorwurf, daß die Konsequenz seiner Anschauungen die Wiederaufrichtung Deutschlands wäre, was Herrn Grellets französisch schlagendem Herz natürlich unerträglich erscheint. Herr v. Ernst hielt Herrn v. Sprecher unter der Überschrift „Gefährliche Gedankengänge“ vor, daß eine selbständige schweizerische Außenpolitik mit dem Ziele, eine Wiederherstellung eines gewissen europäischen Gleichgewichts zu begünstigen, von den augenblicklichen Machthabern als feindlich empfunden werden und daher der Schweiz nicht zuträglich sein würde. Herr v. Sprecher antwortete darauf in einer Replik, daß er vielmehr in der Auffassung, wonach der Schweiz, um sich am Leben zu erhalten, nur „die gehorsame Fahrt im Kielwasser des jeweiligen europäischen Admiralschiffes“ bleibe, in der Auffassung, „die uns den knechtischen Geist als Lenker der schweizerischen Außenpolitik anempfehle“, gefährliche Gedankengänge sehe; er wies dabei darauf hin, daß die Schweiz es nicht allein sei, die unter der Vorherrschaft eines Einzelstaates leide und die darum mithelfen müsse an der Änderung dieser Zustände; neben mehreren Kleinstaaten gehöre heute in erster

Linie auch England dazu; im übrigen habe das Ergebnis der Zonenabstimmung erwiesen, wie sich das Schweizervolk in seiner überwiegenden Mehrheit zu der von Herrn v. Ernst verfochtenen Außenpolitik stelle.

Diese Replik hat nun Herrn v. Ernst um sein seelisches Gleichgewicht gebracht. Der von ihm, Herrn v. Ernst, und dem Bundesrat getätigten Außenpolitik die Tendenz zu unterschieben, daß sie im Kielwasser des europäischen Admiralschiffes fahre oder unwürdig gegenüber dem Übermächtigen von heute sei, stelle eine „verleumderische Behauptung“ dar; weder er, Herr v. Ernst, noch der Bundesrat seien in der Lage, „Anschuldigungen und Unterschreibungen dieser Natur einzustechen.“ Der Artikel lief in ein Gekleid und persönliches Herabzerren Herrn v. Sprechers aus. — Herr v. Ernst möge sich doch einmal in Erinnerung rufen, was er schon alles zum Zonenkonflikt geschrieben hat, so z. B. noch vor einigen Monaten, als er ziemlich allein auf weiter Flur (außer natürlich sekundiert von seinem Zwillingsbruder Grellet) die Anregung machte, den französischen Völkerrechtsbruch vom 10. Oktober damit zu beantworten, daß die Schweiz einem „Kompromißvorschlag, der sich von dem verworfenen Zonenabkommen nicht weit entfernen würde“, zustimmen sollte (vergl. unsere Umschau im November-Heft). Das Volk verwirft mit erdrückendem Mehr das Zonenabkommen; Frankreich sucht sich unter Verlegung des Völkerrechts gewalttätig über diesen Entscheid hinwegzusetzen; die schweizerische Regierung soll die Hand zum Kompromiß reichen, d. h. der Ignorierung des Volksentscheides zustimmen. Wenn es nicht unwürdig ist, eine solche Politik zu empfehlen, was ist dann noch unwürdig? Als Begründung für seine „würdige“ Politik gab Herr v. Ernst allerdings damals weniger die Angst vor den Übermächtigen von heute an, als vielmehr die Sorge, daß eine standhafte schweizerische Politik zu keiner direkten Lösung mit Frankreich führen könne, daß eine Lösung dann vielmehr vor dem Völkerbund gesucht werden müsse, daß aber der Völkerbund sowieso versagen werde, und daß dann die weitere Zugehörigkeit der Schweiz zum Völkerbund gefährdet sei. Steht aber die Zugehörigkeit der Schweiz zum Völkerbund in Frage, dann steht die Besetzung des Politischen Departements mit Herrn Motta in Frage. Und steht die Besetzung des Politischen Departements mit Herrn Motta in Frage, dann steht die Stellung Herrn v. Ernst als eines der Hauptinspiratoren unserer Außenpolitik in Frage. Damit glauben wir den Faden der v. Ernst'schen Außenpolitik bis zu seinem Anfangspunkt abgewickelt zu haben.

\* \* \*

Auf unsere Ausführungen in der „Umschau“ des letzten Heftes ist uns von Herrn Redaktor Schürch vom „Bund“ folgende Rechtfertigung zugegangen, die wir gerne unsern Lesern zur Kenntnis bringen. Wir werden am Schluß zu den Ausführungen von Herrn Schürch im einzelnen Stellung nehmen:

Sehr geehrter Herr Schriftleiter!

Ihre Ausführungen im Januarheft über die Reisen schweizerischer Journalisten ins Ausland geben mir Anlaß, Sie um Aufnahme folgender Zeilen höflich zu ersuchen. Da Sie von „Bestechung der Presse“ schreiben, so werden Sie die Angelegenheit für wichtig genug halten, um einen Angegriffenen zum Worte kommen zu lassen.

Sie schreiben: „Den Anfang bildete jene wenig rühmliche Amerikareise...“ Den Anfang der Einladungen schweizerischer Journalisten durch fremde Regierungen bildeten aber die Frontbesuche, und es gab und gibt auch nach dem Krieg immer noch zwei Fronten in diesen Dingen.

Sie schreiben: ... „jene wenig rühmliche Amerikareise mit dem schönen Checkbüchlein...“, und weiter: „Die Bezahlung erfolgt direkt an den Journalisten in Form eines Checkbuches, das ihn während der Dauer der Reise zu jeder beliebigen Auslage in Stand setzt (!), oder in Form von Freihaltung...“

Ich antworte mit einer schon behördlich geprüften Zahl. Der Verlag des „Bund“ hat für die Amerikareise des Unterzeichneten im Jahre 1918

die Summe von Fr. 3994.50 auslegen müssen. Sie ersehen daraus, wer die persönlichen Auslagen zu decken hatte: die eingeladene Zeitung selber.

Sieheb fern der Reise nach Kanada hervor. Auch hierfür hatten die Zeitungen erhebliche Opfer zu bringen, in meinem Fall rund 1500 Fr. Ich bitte Sie, zu überlegen, ob unter solchen Verhältnissen der reisende Journalist einen Geldgewinn ziehen kann; da ja alles, was die fremde Gastfreundschaft bietet, für die notwendigen Auslagen nicht hinreicht, und der Auftraggeber, der Zeitungsverlag, genug belastet wird, auch wenn der Journalist nur für das Unumgängliche Rechnung stellt.

Die, wie Sie schreiben, „wenig rühmliche“ Reise nach Amerika wurde vorbereitet unter der Mitwirkung des schweizerischen Gesandten in Washington, Dr. Hans Sulzer; man war im Einvernehmen auch mit dem Bundesrat. Leute, die etwas näher an den Dingen standen, als ein Kritiker es heute sein kann, glaubten unter den Verhältnissen von damals, eine Pressemission nach den Vereinigten Staaten, wenn sie von amerikanischer Seite gewünscht werde, könne der Schweiz in ihren Ernährungssorgen nicht schaden.

Der Anstoß zu der Einladung nach Kanada ging direkt von einer schweizerischen Amtsstelle aus. Das Politische Departement wurde vorher begrüßt und drückte nur den Wunsch aus, daß die Einladung an Leute von eigenem Urteil ergehe. Sie erging in einer Form, die zu gar keiner publizistischen Erkenntlichkeit verpflichtete. Wir haben selbst das Reiseprogramm gewählt; wir haben von Ort zu Ort, ohne durch Vertreter der einladenden Gesellschaft kontrolliert zu sein, mit den Leuten verkehrt, die wir zu sehen wünschten.

Sie schreiben: „Dadurch, daß der so honorierte Journalist ... verpflichtet ist, über das, was man ihm vorgezeigt hat oder ihn hat sehen lassen, zu schreiben (oder über das, was er allfällig von sich aus gesehen hat, nicht zu schreiben), erhält die Veranstaltung solcher Reisen den Charakter eines Versuchs, durch die gelindste Form einer Bestechung der Presse unsere öffentliche Meinung zu beeinflussen.“

Den Vorwurf, vom Ausland honoriert zu sein, habe ich Ihnen zurückgestellt. Zum Übrigen nur so viel: Neben Ihrer vulgär-populären, an fahrende Bänkelsänger erinnernden Auffassung von der Rolle eingeladener Presseleute gibt es eine andere. Es gibt Journalisten, die glauben, vor allem andern, auch vor jeder privaten Dankspflicht eine öffentliche Aufgabe zu haben. Ihnen ist der Satz: „Weß Brot ich eß, deß Lied ich sing,“ nicht oberstes Gesetz. Sie stehen in des höhern Herren Pflicht. Und es gibt, mögen Sie es glauben oder nicht, auch Einladende, die das begreifen. Sie stellen an die Presse nicht Zumutungen, die bei Gesindel am Platze wären. Ein Journalist, der an seine öffentliche Aufgabe denkt, darf an die Seite anderer Bürger gestellt werden, die auch auf Kosten fremder Regierungen reisen und über ihre Reisen zu Hause Bericht erstatten. Hohe und höchste schweizerische Offiziere sind zur Zeit des Krieges, aber auch vorher und nachher, draußen freigehalten worden, splendider, als wie es bei Journalisten übung ist. Niemand behauptet wohl, sie seien vom Ausland „bezahlt“, „honoriert“ oder gar bestochen, und hätten in ihren Berichten an die schweizerische Regierung zunächst an Speis und Trank und Ähnliches zu denken, das sie genossen haben. Die Schweiz selbst ladet fremde Offiziere, aber auch fremde Journalisten zu Gast, und ich habe nicht gehört, daß man die skandinavischen, amerikanischen oder holländischen Presseleute deshalb als bestechlich betrachtete. Nur der eingeladene schweizerische Journalist muß es sich gefallen lassen, selbst von Leuten, die kaum gelesen haben, was er schrieb, als kritikloser und wissenschaftlich oder unwissenschaftlich läufiger und verächtlicher Tellerschleifer dargestellt zu werden. Das nennt man gelegentlich den Kampf um die Sauberkeit der Schweizerpresse.

Mit vorzüglicher Hochachtung!

Ernst Schürch, Redakteur des „Bund“.

Soweit Herr Schürch. Wir bemerken dazu:

Ad 1. Amerikareise: Die Tatsache, daß den nach Amerika reisenden Journalisten von der einladenden Seite ein Checkbuch in die Hand gedrückt wurde, ist seinerzeit von einem der Geladenen selbst — wenn wir nicht irren, von Herrn Fueter von der „N. Z. Z.“ — offen zugestanden worden. Wie hoch sich die Summe der Checks belief, entzieht sich unserer Kenntnis. Wenn aber der einzelne Journalist außer den durch das Checkbuch gedeckten „unpersönlichen Ausgaben“ noch an die 4000 Fr. „persönliche Ausgaben“ von seiner Zeitung erachtet erhielt, wie uns Herr Schürch oben für seinen Fall mitteilt — wir glauben wenigstens Herrn Schürch so verstehen zu müssen, daß außer den durch das Checkbuch gedeckten Kosten die eingeladene Zeitung noch an die 4000 Fr. zu bezahlen hatte —, so war das auf jeden Fall (die „unpersönlichen“ Ausgaben dürften sicherlich auch einige Tausend Franken betragen haben) eine recht kostspielige Reise. Im übrigen haben wir den Vorwurf, daß der reisende Journalist aus der Reise „einen Geldgewinn ziehen“ könne, durchaus nicht erhoben. Erst der Umstand, daß Herr Schürch glaubt, sich gegen diesen Vorwurf zu verteidigen zu müssen, bringt uns überhaupt auf den Gedanken, daß eine solche Möglichkeit hätte bestehen können. Wir betonen aber ausdrücklich, daß uns die Behauptung, diese Möglichkeit sei ausgenutzt worden, fern liegt und fern gelegen hat.

In der Tatsache, daß einzelne der von uns kritisierten Reisen jeweils „im Einvernehmen mit dem Bundesrat“ oder „unter vorheriger Begrüßung des Politischen Departementes“ stattgefunden haben, möchten wir nicht grundsätzlich einen mildernden Umstand erblicken. Aus den Aufzeichnungen von Bundesrat Müller sel. wissen wir, daß der Bundesrat in den letzten Kriegsjahren schon auf die bloße Intervention „einer fremden Zeitungsdame (der Madame Whitehouse, der Leiterin der amerikanischen Propagandastelle in der Schweiz) zusammenklappte“. Widerstand und Unnachgiebigkeit fremdem Druck gegenüber war seit dem Ausscheiden von Hoffmann und nachdem Müller und Forrer durch systematische Verhezung in der Presse innerlich zermürbt waren, bis zum heutigen Tage keine Eigenschaft des Bundesrates mehr gewesen. „Man drohte, uns den Brotkorb höher zu hängen, und wir fügten uns“ (Müller, Aufzeichnungen). Herr Schürch teilt uns nun mit, daß damals (Frühjahr 1918) manche Leute der Überzeugung gewesen seien, „eine Pressemission nach den Vereinigten Staaten, wenn sie von amerikanischer Seite gewünscht werde, könne der Schweiz in ihren Ernährungssorgen nicht schaden.“ Nun, diese „Pressemission“ ist damals von amerikanischer Seite „gewünscht“ worden. Und zwar ist dieser „Wunsch“ mit einer solchen Deutlichkeit ausgesprochen worden, daß man darin wohl oder übel eine Drohung sehen mußte, der Schweiz den Brotkorb höher zu hängen — „in ihren Ernährungssorgen zu schaden“ —, wenn er nicht erfüllt werde. Mögen sich nun die betreffenden Journalisten damals zu dieser „Pressemission“ aus dem patriotischen Motiv entschlossen haben, ihr Land damit vor wirtschaftlicher Schädigung zu bewahren, so ändert das nichts an der Tatsache, daß sie mit der Übernahme der Verpflichtung, über das ihnen in Amerika Borgezeigte in ihren Zeitungen umgehend Berichte zu schreiben, der Absicht der amerikanischen Propaganda, die schweizerische Öffentlichkeit in einem bestimmten Sinne zu beeinflussen, Vorschub leisteten. Mit der Drohung eines Höherhängens des Brotkorbes wollte Amerika einen Teil unserer Presse zwingen, sich seinen Absichten zugänglich zu erweisen. Und unsere Presse hat sich dazu zwingen lassen. Wir müssen daher bei unserer Meinung bleiben, daß die Bewahrung unserer geistigen Freiheit der oberste Maßstab für eine unabhängige Presse sein sollte und daß es damals „wenig rühmlich“ war, dem amerikanischen Druck nachzugeben.

Ad 2. Kanada-Reise. Über deren Zweckmäßigkeit sind in der schweizerischen Presse selbst Bedenken aufgetaucht. Wir wollen diese hier nicht auf ihre Hintergründe untersuchen. Die Tatsachen, die uns Herr Schürch mitteilt, daß „der Anstoß zu der Einladung direkt von einer schweizerischen Amtsstelle ausging“, die Einladung selbst dann aber von einer kanadischen Gesellschaft,

die auch den Hauptteil der Kosten trug, vermögen uns jedoch von unserer Skepsis nicht zu befreien. Eine ausländische Gesellschaft wird schweizerische Journalisten nicht einladen und während vielen Wochen teilweise freihalten, wenn sie nicht bestimmte Absichten damit verfolgt. Im übrigen nehmen wir mit Freude davon Kenntnis, daß die geladenen Journalisten ihr Reiseprogramm selbst wählen und mit den Leuten in Kanada verkehren konnten, „ohne durch die Vertreter der einladenden Gesellschaft kontrolliert zu sein“. Eigentlich sollte das ja selbstverständlich sein. Aus der besonderen Betonung, die Herr Schürch auf diesen Umstand legt, müssen wir aber schließen, daß es sich bei den sonstigen derartigen Journalistenreisen jeweils eben umgekehrt verhalten hat: daß der Veranstalter das Reiseprogramm bis in alle Einzelheiten festgelegt hat und der eingeladene Journalist durch Vertreter der einladenden Regierung oder Organisation auf Schritt und Tritt kontrolliert worden ist (Herr Schürch hat, was er in seiner Entgegnung verschweigt, an derartigen Reisen teilgenommen). Darum haben wir in unserer letzten Umschau geschrieben, was der geladene Journalist zu sehen bekomme und wie er es zu sehen bekomme, hänge lediglich vom Veranstalter ab; dieser habe es letzten Endes in der Hand, zu bestimmen, was der einzelne Journalist für Eindrücke mit nach Hause bringe. Und wenn nun der Journalist nach Hause kommt und diese unter der Regie des Veranstalters zustande gekommenen Eindrücke in seinem Blatt wiedergibt, so handelt er damit in einem gewissen Sinne als Werkzeug des ausländischen Veranstalters. Es hat uns gänzlich fern gelegen, den einzelnen Journalisten, der an einer solchen Reise teilnimmt, deswegen der Käuflichkeit oder Kritiklosigkeit zu bezichtigen oder gar als „fahrenden Bänkelsänger“ und „verächtlichen Tellerschlecker“ zu bezeichnen — Bezeichnungen, gegen die sich Herr Schürch glaubt rechtfertigen zu müssen. Wir billigen jedem dieser Journalisten nur die besten Absichten und Beweggründe zu. Aber in der Wirkung kommt das, was er mit seiner bestellten Berichterstattung tut, auf einen Dienst für fremde Zwecke hinaus.

Ad 3. Reisen während des Krieges. Was heute geschieht, mit dem rechtfertigen zu wollen, was während des Krieges geschehen ist, scheint uns kaum anzugehen. Der Krieg schafft außerordentliche Verhältnisse. Der einzelne Journalist konnte damals überhaupt nur auf Aufforderung einer ausländischen Regierung oder Organisation hin das betreffende kriegführende Land oder seine Front bereisen. Auch den Vergleich mit Offizieren, die den Einladungen fremder Regierungen gefolgt sind, möchten wir nicht ohne weiteres gutheißen. Der Offizier geht nicht mit der Verpflichtung, nach seiner Rückkehr in einer Zeitung ein halbes Dutzend Berichte zu veröffentlichen. Das absolut Unzulässige beginnt erst dort, wo die Einladung mit der Verpflichtung zur unmittelbaren nachherigen öffentlichen Berichterstattung, d. h. zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung in dem vom Einladenden gewünschten Sinne, verbunden ist.

Zum Schlusse möchten wir Herrn Schürch noch versichern, daß es gerade das Bestreben war, dem Journalisten wieder zu einer geachteten Stellung an der Seite anderer unabhängiger Bürger zu verhelfen, das uns unsere Kritik schreiben ließ. Denn, neben anderem, sind es gerade diese in den letzten Jahren auf Einladung und Kosten des Auslandes erfolgten zahlreichen Reisen gewesen, die im Volk und in der Öffentlichkeit das Ansehen des Journalistenstandes schwer geschädigt haben. Zu einem gesunden öffentlichen Leben gehört aber auch ein um seiner Integrität willen geachteter Journalistenstand und eine unabhängige, keinem fremden Druck zugängliche Presse.

\* \* \*

Das augenblicklich bedeutsamste Ereignis unseres volkswirtschaftlichen Lebens ist das seit letztem Sommer, besonders aber jetzt diesen Winter sich offenbarenden *Wieder aufblühen einer „Industrie“*, die im Jahre 1913 mit über 200 Millionen Franken am Ausgleich unserer passiven Handelsbilanz von damals rund 550 Millionen Franken beteiligt war, der *Freunde „Industrie“*. Die volkswirtschaftliche Bedeutung dieses „Industrie“-Zweiges geht aus obigen Zahlen hervor. Daß er, nachdem er während der Kriegs- und Nachkriegsjahre

so gut wie vollständig darniedergelegen hatte, jetzt in einem Maße wieder aufblüht, das an einigen Orten selbst die Vorkriegsfrequenz übersteigt, wird man also vom rein volkswirtschaftlichen Standpunkt aus begrüßen müssen. Unter anderen Gesichtspunkten betrachtet, wird man dagegen an diesem neuen Fremdenzustrom weniger Freude empfinden. Großstädtische Lebensart, Großstadtsitten in unsere stillen Bergtäler hinauf verpflanzt, ergeben schmerzende Kontraste und unschöne Anblicke. Außer dem Geld — und dieses auch nur volkswirtschaftlich betrachtet — bringt dieser Fremdenzustrom, dessen Qualität heute auch meist hinter demjenigen der Vorkriegszeit weit zurücksteht, nichts Gutes in unser Land. Was von unserer Bevölkerung mit dieser Zusammenballung von Genuss- und Vergnügungssucht in den einzelnen Fremden-Industriemittelpunkten in Berührung kommt, trägt meist irgendwie einen bleibenden moralischen Schaden davon. Auch eine gewisse Denkart erhält dadurch wieder neue Impulse. Man hat bereits Gelegenheit bekommen, allerhand Musterchen davon festzustellen. Bekanntlich war gleich beim Einsetzen der Hochsaison weit im Lande herum einiges Erstaunen wach geworden über den starken Zustrom von Gästen aus Deutschland, wo doch im gleichen Augenblick in der ganzen Schweiz für die deutsche Not unter namhaftesten eigenen Opfern Hilfsaktionen durchgeführt wurden. Der Unwillen fand neue Nahrung an dem nicht eben sehr bescheidenen Auftreten eines Teiles dieser Gäste und die Presse gab diesem Unwillen — von wenigen Ausnahmen abgesehen — in ruhiger Weise Ausdruck. Daraufhin wärsen sich einzelne Blätter von Fremdenindustriekantonen, die sonst an Deutschland seit dem Kriege kaum ein gutes Haar gelassen hatten, in einer Weise zu Verteidigern ihrer „teuren“ deutschen Gäste auf, daß man ob dieser plötzlichen Ge- sinnungswandlung nur staunen muß. Weß Brot ich eß, daß Lied ich sing! Auch der Hotelportier-Geist blüht im Lande Tell's wieder auf!

Im übrigen ist die Kritik über den Zustrom der deutschen Gäste meist bereits auf das richtige Maß zurückgeführt. Der deutsche Wintergast lebt heute, bei besserer Qualität des Gebotenen, in der Schweiz eher billiger als in einem entsprechenden Kurort Deutschlands. Die deutschen Gäste verteilen sich nach Angaben z. B. der Kurdirektion von St. Moritz in ihrer Mehrzahl auf die einfachen Hotels und Pensionen. Ihre Gesamtzahl, die man in der ganzen Schweiz vielleicht auf 5000 angeben kann, würde, auf die Gesamteinwohnerzahl Deutschlands berechnet, ungefähr 250 Schweizern, die im Ausland ihre Ferien zu bringen würden, entsprechen. Zudem lehrt ein Blick auf die Fremdenlisten, daß unter dieser Zahl die Mehrheit nur der Staatsangehörigkeit nach deutsch ist. Man kann denn auch feststellen, daß der über diese Dinge aufgetretene Unwillen nicht irgendwie zur Beeinträchtigung unserer schweizerischen Hilfsaktion für die wirklich vorhandene deutsche Not geführt hat. Einzig in einzelnen Blättern der welschen Schweiz — die „Gazette de Lausanne“ unter Herrn Grellets Führung natürlich allen voran — ist die Angelegenheit, in Übereinstimmung mit der gleichzeitig wieder einmal unser Land (von Lausanne aus) mit allerhand Machwerken überschwemmenden französischen Hetzpropaganda, zu einer Hetze gegen Deutschland überhaupt und zur Verunglimpfung der schweizerischen Hilfsaktion, die unsern Französlingen sowieso ein Dorn im Auge ist, ausgeschlachtet worden.

\* \* \*

Die Kampagne für die bevorstehende Volksabstimmung vom 17. Februar über die Revision des Fabrikgesetzes ist in vollem Gange. Daß sie mit besonderer Wucht und innerer Anteilnahme der Massen geführt werde, konnte man bisher zwar kaum feststellen. Für ihr schließliches Ergebnis werden daher auch weniger allgemeine Erwägungen volkswirtschaftlicher Natur ausschlaggebend sein, als vielmehr der Umstand, ob der Einzelne von der Verlängerung der Arbeitszeit betroffen wird oder nicht. Der städtische, parteimäßig sozialistisch organisierte Arbeiter stimmt sowieso aus Grundsatz gegen die Verlängerung. Aber auch mancher auf dem Lande wohnende, neben seiner Fabrikarbeit ein kleines Bauerngewerbe betreibende nichtsozialistische Arbeiter wird für die kurze Arbeitszeit stimmen, die ihm die Bebauung seiner Landwirtschaft erleichtert.

Diese Stimmungen kommen deutlich darin zum Ausdruck, daß die bürgerlichen Parteien durchaus nicht geschlossen für die Revision des Art. 41 eintreten.

Von sozialistischer Seite wird auch geltend gemacht, daß in den Gestehungskosten vieler Industrieerzeugnisse der Prozentsatz, mit dem der Arbeitslohn daran beteiligt ist, im Vergleich zu den Material-, Transport- und Verschleißspannekosten so gering sei, daß die geringe Verminderung dieses an sich schon geringen Kostenpunktes für den Gesamtpreis des Erzeugnisses so gut wie ohne Bedeutung sei. Mag dieser Gesichtspunkt für einzelne Industrien zutreffen, so trifft er sicherlich nicht für andere zu. Dazu kommt, daß der Arbeitslohn im Gesamten der Gestehungskosten das Einzige ist, dessen Regulierung bis zu einem gewissen Grade in unserer Macht steht. Die Rohstoff-, Transport- und Verschleißspannekosten zu bestimmen, steht meist ganz außerhalb unserer Macht. Wie wir das letzte Mal ausführten, hielten wir es daher für richtig, wenn unserer Industrie zur Aufrechterhaltung ihrer Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt so viel Spielraum gegeben würde, wie ihr die Revision des Art. 41 des Fabrikgesetzes wieder geben will, d. h. daß sie im Bedarfsfalle die Arbeitszeit von 48 Stunden auf 54 Stunden in der Woche verlängern kann. Die Unterbindung jeglichen Spielraumes durch allzu weitgehende staatliche Reglementierung tötet schließlich jede Initiative im Unternehmertum, die aber eine Volkswirtschaft in so exponierter Lage wie die schweizerische auf die Dauer erst recht nicht entbehren kann.

Anderseits bringen wir auch dem Gesichtspunkt des Arbeitnehmers unser volles Verständnis entgegen. In der furchtbaren, alltäglichen Eintönigkeit der Industriearbeit sehen wir ja letzten Endes die Ursache der „sozialen Frage“ und der Unzufriedenheit des Industriearbeiterstandes mit seinem Los des „Lohnsklaven“. Nicht nur vom Standpunkt des Industriearbeiterstandes, sondern insbesondere auch von demjenigen des Staates aus, muß daher jeder Faktor begrüßt werden, der geeignet ist, dem Arbeiter die Aneignung geistiger Lebensinhalte zu erleichtern; und ein solcher Faktor ist zweifellos auch eine nicht allzulange Arbeitszeit, wobei allerdings eine neunstündige Arbeitszeit, wenn wirtschaftliche Gesichtspunkte sie dringend fordern, nicht ohne weiteres als „allzulang“ zu gelten braucht. Je mehr aber sonst dem Arbeiter aus der geistigen Isoliertheit seines Standes heraus und zur Anteilnahme an dem Bildungsgut der gesamten Nation verholfen werden kann, desto mehr wird der Arbeiter aus einem — theoretischen — Gegner und Verneiner des Staates zu einem Träger und wertvollen Glied desselben. Der europäische Sozialismus, dem zweifellos das Verdienst einer allgemeinen Hebung des Industriearbeiterstandes zukommt, der aber gleichzeitig diesen Stand innerhalb des Staates zu einer für diesen Stand wie für den Staat selbst gefährlichen Isolierung geführt hat, ist heute im Zerfall begriffen. Damit stehen wir vor neuen, ungewahnten, aber des Nachdenkens der Wägsten und Besten werten Aufgaben gesellschaftlicher Neugliederung und staatlichen Wiederaufbaus.

Zürich, den 22. Januar 1924.

Hans Döhler.

\* \* \*

**Nachricht:** Noch bevor unsere am 22. d. Mts. abgeschlossenen Be- trachtungen in die Druckerresse kommen, ist unterdessen am 24. die französi- sche Antwortnote zum Bonenkonflikt in Bern eingetroffen. Poincaré hat darin die Folgerungen gezogen aus der Vertrauenskundgebung, die ihm Herr Motta noch am 20. Dezember vor der Bundesversammlung zu- teil werden ließ. Er trölt weiter. Noch versucht das Politische Departement durch einige offiziöse Besänftigungsschläge den aufsteigenden Sturm der öffentlichen Meinung zu schwächen: im Bundeshause sei „nie erwartet worden, daß schon bei der nächsten Antwort Frankreichs eine absolute Übereinstimmung zwischen beiden Regierungen bezüglich Formulierung der dem Schiedsgericht zu unterbreitenden Fragen erzielt würde“ (inspiriertes Privattelegramm der „Basler Nachrichten“ Nr. 37); und eine wohl ebenfalls

inspirierte Agentur-Meldung berichtet am Abend nach Eintreffen der Antwort: „Es bestehen bezüglich der Fragen, die dem Schiedsgericht zu unterbreiten sind, noch Differenzen zu punkten (!!)“. Dieses Bemühen des Politischen Departementes, seine vertrauensselige Haltung zu rechtfertigen, dürfte vergeblich sein. Was die Uhr geschlagen hat, zeigen die Ausführungen des Berner Korrespondenten des „Journal de Genève“ vom 24. abends: „Die Antwort scheint wie ein sehr schlechter Spaß, der leider zur Folge haben wird, den Konflikt noch zu verschlimmern, denn die Schweizer lieben es nicht, daß man mit ihnen Spott treibt.“

Den 25. Januar.

H. D.

## Zur politischen Lage.

**Der neue Balkan. — Die kleine Entente. — Ihre Anhänger. — Die Gegenspieler. — Das Eingreifen der Großmächte. — Aus der großen Politik.**

Der Zeitungsleser der Vorkriegszeit war daran gewöhnt, daß weit unten auf dem Balkan immer etwas los war. In jenen schönen, ruhigen Zeiten, wo ein Raubmord, ein Kabinettswchsel oder gar eine Revolution in Südamerika den Blättern wochenlang einen unerschöpflichen Stoff gewährten, da bot das Staatengemisch der südosteuropäischen Halbinsel immer etwas „Neues“: Politische Morde, Bandenkrieg in Mazedonien, Revolutionen und Bauernunruhen, Militärverschwörungen und Flottendemonstrationen und immer ab und zu einen Krieg. Von Zeit zu Zeit spielten sich auch Dinge dort unten ab, die den Frieden ganz Europas bedrohten. Die Großmächte hatten in dem Gemisch von Kleinstaaten immer eine Gelegenheit, im Trüben zu fischen. Beständig wurde gewühlt und geheizt, intrigierte und beschwichtigt. Die politische Lage war fortwährend im Fluß und bot immer neue Überraschungen. Alle Spannungen im übrigen Europa zeigten sich auf dem Balkan in verstärkter Form. So pflegte man denn diese Gegend als die Wetterecke Europas zu bezeichnen und mit einiger Spannung und Neugier, ab und zu auch mit einem gewissen Gruseln die dortigen Ereignisse zu verfolgen. Die einen befürchteten, daß von dort einmal das Signal zur Auslösung aller der geheimen und offenen Feindseligkeiten in Europa kommen würde. Die andern aber beruhigten sich wieder damit, daß all das ja so weit hinten, in Halbasien, geschehe und, Gott sei Dank!, uns zivilisierte Europäer wenig angehe. Je mehr die Gegensätze zwischen den europäischen Großmächten zunahmen, desto schwüler wurde auch die Luft im Balkan. Als Wetterzeichen für die kommende große Auseinandersezung brachen die verschiedenen Balkankrisen seit 1909 und die zwei Balkankriege aus. Und endlich gaben die Schüsse von Serajevo wirklich das Zeichen zum allgemeinen Loschlagen.

Heute besteht das Staatengewirr des alten Balkans immer noch. Einzelne Glieder sind größer, andere kleiner geworden, aber sie sind noch alle vorhanden. Dazu gesellen sich jedoch in einem breiten Streifen vom ägäischen bis zum baltischen Meer, ja eigentlich vom indischen Ozean bis zum Eismeer noch eine ganze Reihe neuer Mittel- und Kleinstaaten. Die Zerschlagung des österreichischen 50 Millionen-Reiches, die Auflösung der Türkei und die sehr empfindliche Beschniedung Deutschlands im Osten und Russlands in seinen Westprovinzen hat dazu den Raum geschaffen. Wo früher einige große, gut verwaltete Staaten und einige mächtige, zusammenhängende Wirtschaftsgebiete sich erstreckten, da bestehen heute 15 Kleinstaaten mit einer Bevölkerung von 300,000 bis 30,000,000 Seelen. Beinahe 120 Millionen Menschen sind im Ganzen unter sie aufgeteilt.

Fast jeder dieser Staaten ist aus verschiedenen Nationen zusammengesetzt. Fast jeder wird jedoch von einer einzigen unumstrankt regiert, während die nationalen Minderheiten mehr oder weniger geduldet ihr Dasein fristen müssen. Fast alle sind ringsum von Todfeinden umgeben, die nur auf den günstigen

Augenblick warten, um über den Nachbarn herzufallen. Deshalb steht überall der Militarismus, angeblich nur zur Verteidigung, in schönster Blüte. Zwei- bis dreimal so viel Soldaten sind heute in diesem Gebiete unter den Waffen wie vor dem Kriege. Natürlich ist überall die Finanznot zu Hause. Infolge der willkürliche unter Zerreizung aller natürlichen Zusammenhänge gezogenen Grenzen befindet sich allenthalben das Wirtschaftsleben in einer dauernden Krise, die vielfach über Leben oder Tod entscheiden wird. Was ferner fast alle diese Staaten kennzeichnet, ist die äußerst geringe Achtung vor Gesetz und Recht, der schamloseste Mißbrauch der Staatsgewalt für die Zwecke der regierenden Parteien und Nationen, eine mehr oder weniger große Korruption. Was außerdem alle miteinander gemeinsam haben, ob sie nun Republiken oder Monarchien seien, ist der auf die Spize getriebene Parlamentarismus nach westlichem Muster unter Anpassung an Sitte und Moral des Balkans. Die Parteien, gewöhnlich mehr nach Persönlichkeiten als nach sachlichen Gesichtspunkten orientiert, sind überall sehr zahlreich und bekämpfen einander bis aufs Blut. Das und der Nationalitätengegensatz, hie und da auch die religiösen Unterschiede, bewirken überall, daß sich der Staat in einer beständigen Unruhe befindet und von einem Extrem in das andere schwankt.

Das Ganze bildet ein unglaubliches Durcheinander. Hier hat nun die Politik der Großmächte ein willkommenes Versuchsfeld. 15 verschiedene Staaten sind vorhanden und mindestens 100 verschiedene politische Kombinationen sind möglich. Jede Großmacht betätigt sich denn auch eifrig in dem neuen Balkan und sorgt dafür, daß das Durcheinander immer größer wird. Dazu kommt nun noch die erbauliche Tatsache, daß in der Staatskunst des neuen Balkans das Lügen die gangbarste Münze ist, sodaß überhaupt niemand dem andern traut und nie einer weiß, wie er mit dem andern eigentlich daran ist. Alle Mittel der Diplomatie kommen dort unten zur Verwendung und Massen von Geld fließen aus den großen Staaten als Schmieröl hinunter. Fast jeder Tag bringt aus irgend einer Ecke des weiten Gebietes eine überraschende Nachricht. Alle Monate steht man vor einer ganz neuen Gruppierung. Alle Augenblicke hört man von neuen ernsten Bedrohungen des Friedens. Sicher wird von dort einmal das Zeichen zur neuen, immer drohender sich ankündigenden großen europäischen Auseinandersetzung kommen.

\* \* \*

Von den verschiedenen im neuen Balkan heute bestehenden Gruppen ist unstreitig die „R e i n e E n t e n t e“ die bedeutendste. Ihre drei Gliedstaaten verkörpern die Vorteile und Fehler aller der neuen Gebilde am besten.

Die Tschechoslowakei ist hervorgegangen aus der in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts allmählich entstehenden nationalen Bewegung des tschechischen Volkes. Im alten Österreich gewann diese Bewegung seit 1866 immer mehr Bedeutung. Im Kampf mit den Deutschen festigte sich die tschechische Nation. Ein glühender, vor keinem Opfer, aber auch vor keinem Mittel zurückstehender Nationalismus durchdrang das ganze 6 Millionen zählende Volk. Panslawistische Gedanken fanden hier ihre feurigsten Anhänger. Viele Fäden ließen nach Moskau und Petersburg, nach Belgrad und Agram. Der Weltkrieg sah den glatten Verrat der Tschechen an Österreich. Tschechische Legionen kämpften in Russland, Frankreich und Italien gegen die Mittelmächte. Die Tschechen hauptsächlich unterhöhlten unter der Führung Masaryks und Beneschs das Gefüge der Doppelmonarchie.

Der Zusammenbruch im Jahre 1918 erfüllte dann alle Hoffnungen des tschechischen Nationalismus, der jetzt das ganze Volk ausschließlich beherrschte: Ein tschechischer Staat entstand. Aber gerade dieser Nationalismus führte auch von Anfang an dazu, daß sich der neue Staat zahlreiche fremde und widerstreitende Elemente eingliederte. In erster Linie schlugen die Tschechen zu ihrem Staatswesen die stammverwandten, aber durch eine jahrhundertlange Geschichte und eine andere Mundart doch in Kultur und Denken stark verschiedenen Slowaken. Darüber hinaus aber gliederten sie sich zwangsläufig ganz fremde und bitter verfeindete Landesteile und Bevölkerungen an. Vor allem die  $3\frac{1}{2}$

Millionen starken Sudetendeutschen, die im engsten Zusammenhang mit dem übrigen deutschen Sprachgebiete stehen. An Kultur den Tschechen mindestens ebenbürtig, an wirtschaftlicher Kraft überlegen, durch ihre geschlossene Siedelung und ihre große Zahl widerstandsfähig, bilden sie einen sehr schwer zu verdaulenden Brocken. Dasselbe gilt von den etwa eine Million starken Ungarn in der Slowakei, wenn auch in etwas geringerem Maße. Und schließlich sind ein durchaus widerstrebendes Element auch die etwa 100,000 Polen in Schlesien.

Diese unnatürliche Abgrenzung hat dem neuen Staate eine schlauchartige Form gegeben, die sich in einem Kriege sehr ungünstig bemerkbar machen würde. Sie hat ihn auch zu einem ausgesprochenen Nationalitätenstaate gleich dem alten Österreich gemacht. Fast die Hälfte der Bevölkerung lebt mehr oder weniger gezwungen innerhalb des neuen Gebildes. Und die Tschechen haben es verstanden, die vorhandenen sehr starken Gegensätze zwischen ihnen und den nationalen Minderheiten, Deutschen wie Magyaren, aufs höchste zu steigern. Nicht nur die gesamte Einrichtung des Staates wurde von den Tschechen allein besorgt, sondern sie regieren bis zum heutigen Tag tatsächlich unter völliger Ausschaltung der Minderheiten. Ja, sie haben ihre ganze Politik auf die möglichst rasche Tschechisierung der zahlenmäßig doch so starken Minderheiten eingestellt und verwenden dazu die gesamten Mittel des Staates. Immer mehr wird der deutsche und magyarische Landesteil mit Tschechen durchsetzt, er wird gemischt-sprachig gemacht. Auf allen Gebieten werden die Minderheiten zurückgesetzt und dazu noch mit unaufhörlichen Nadelstichen bedacht, die weniger schaden als aufreizen. So ist seit 1918 hier eine Todfeindschaft entstanden, die sich bei jeder ernsten Belastungsprobe des Staates aufs bitterste rächen muß. Die Tschechen haben es ja sogar durch ihre kurzfristige Politik fertig gebracht, auch die stammverwandten Slowaken in ihrer großen Mehrheit zu einer völligen Ablehnung der Tschechoslowakei in ihrer heutigen Gestalt zu bringen! Damit wird ihre Stellung natürlich immer schwieriger. Und sie wird auch durch die Zersplitterung in eine große Zahl, einander aufs heftigste befiehender Parteien nicht besser. Vor allem die steigende Verbreitung kommunistischer Ideen macht sich höchst unangenehm bemerkbar. Die Überspannung des Nationalismus hat also die Tschechoslowakei schon in ihren Anfangsjahren in die größten Schwierigkeiten versetzt.

Diese Verhältnisse aber haben zur selbstverständlichen Folge, daß die sämtlichen Nachbarn auf den neuen Staat sehr schlecht zu sprechen sind. Von den Deutschen und Magyaren, die die Tschechei auf drei Seiten umgeben, versteht sich das von selbst. Es sind natürliche Todfeinde der Tschechoslowakei. Aber auch mit dem nördlichen Nachbar, mit Polen, ist das Verhältnis sehr kühl.

So ist also die innen- wie die außenpolitische Lage des jungen Staates höchst unsicher.

Südslawien ist im Gegensatz zur Tschechoslowakei aus dem früheren serbischen Staate hervorgegangen. Ihm haben sich nach der Auflösung Österreichs 1918 die südslawischen Teile der Monarchie angeschlossen. So umfaßt der neue Staat orthodoxe Serben und römisch-katholische Slowenen und Kroaten. Die Führung haben hier allein die Serben, die sich durch ihre furchtbaren Opfer im Kriege dazu auch ein gewisses Anrecht erworben haben. Auch hier ist jedoch durch die zentralistische Einrichtung des Staates und durch die Ausschaltung der Kroaten und Slowenen von der Leitung ein sehr scharfer Konflikt entstanden. So ist es dahin gekommen, daß auch in diesem Staate eine ausgesprochene Minderheit mit allen Mitteln die Mehrheit beherrscht. Zahlenmäßig sind ja die Serben in ihrem Staat noch bedeutend schwächer als die Tschechen in der Tschechoslowakei. Dieser Streit innerhalb des Staatsvolkes beherrscht heute das ganze öffentliche Leben in Südslawien.

Dazu hat auch dieser Staat bei seiner Neuerrichtung viel fremdes, von andern Nationen besiedeltes Gebiet verschlucht. Das gilt vor allem von Mazedonien und den übrigen den Bulgaren entrissenen Landesteilen. Es gilt aber auch von Südgarn, wo mehrheitlich Deutsche und Ungarn wohnen. So hat auch Südslawien seine Minderheiten: Bulgaren, Albaner, Magyaren, Rumänen und Deutsche. Die Loyalität dieser anderssprachigen Bevölkerung suchen sich

die Serben einstweilen mit Gewalt zu erzwingen. Auch hier besteht also das Nationalitätenproblem in all seiner Schärfe, nur sind die Minderheiten zahlenmäßig nicht so stark wie in der Tschechei.

Dafür ist hier die Feindschaft mit den Nachbarn womöglich noch ausgeprägter und tiefgehender als bei dem Staate Masaryks. Deutsche, Ungarn, Bulgaren, also die Besiegten, warten alle auf eine Gelegenheit zur Begleichung der Rechnung. Mit Italien bestehen unüberbrückbare Gegensätze, weil dieses Hunderttausende von Slowenen und Kroaten seinem Reiche einverleibt hat und nach faschistischer Art behandelt. Und auch das Verhältnis zu Rumänien und Griechenland ist sehr küh.

Also auch bei Südslawien ist die innere Lage sehr gespannt und die außenpolitische nicht minder.

Und dasselbe gilt von Rumänen. Das Staatsgebiet und die Bevölkerung dieses früheren Balkanstaates ist 1918 mehr als verdoppelt worden. Neben gleichartigen, kulturell stark zurückgebliebenen Landesteilen wie Bessarabien, sind zu dem neuen Großrumänien aber auch kulturell viel weiter fortgeschrittene Provinzen, wie Siebenbürgen, Banat und Bukowina gekommen. Sie sind allerdings überwiegend von Rumänen bewohnt, die aber unter ungarischer und österreichischer Herrschaft viel weiter vorwärts gekommen sind als ihre Stammesgenossen in Altrumänien. Auch hier werden jedoch die neuen Landesteile ausschließlich von den Altrumänen beherrscht und zwar in echt balkanischer Art. So stehen die Rumänen der neuen Provinzen in offenem, scharfem Gegensatz zu den in Bukarest herrschenden Klüngeln. Das Staatsvolk ist durchaus gespalten.

Wie die andern Staaten der kleinen Entente hat Rumänien sich außerdem zahlreiche fremdsprachige Gebiete einverlebt. So sind große Minderheiten vorhanden: Magharen, Deutsche, Russen und Bulgaren. Alle werden mehr oder weniger schlecht behandelt. Die Romanisierung ist auch hier das oberste Ziel, wenn es auch nicht mit derselben Rücksichtslosigkeit verfolgt wird wie die Slavisierung in Südslawien und der Tschechei. Auch in Großrumänien stehen die Minderheiten mehr oder weniger in Gegensatz zum Staat.

Nach außen besteht mit Bulgarien, Russland und Ungarn Feindschaft. Das Verhältnis zu Polen und Südslawien ist küh; teilweise sind auch drittige Grenzfragen vorhanden.

Alle drei Staaten der kleinen Entente bieten also ein überraschend gleichmäßiges Bild: Das Staatsvolk ist gespalten und von den wildesten Gegensätzen zerrissen. Es herrscht über zahlenmäßig sehr bedeutende, an Kultur meist überlegene nationale Minderheiten mit rücksichtsloser Gewalt und all den Mitteln halbasiatischer Staatskunst. Raschste Aufzähnung ist das Ziel der ganzen Minderheitenpolitik. Jeder der drei Staaten lebt fast mit allen Nachbarn in bitterster Feindschaft. Eine Umlöhlung in den politischen Verhältnissen, wie sie durch die Pariser Friedensverträge geschaffen worden sind, würde jeden einzelnen der Staaten in seinem Bestande bedrohen.

Dieser Gegensatz gegen Außen hat allein die drei Staaten zusammengeführt. Das Interesse an der Aufrechterhaltung des jetzigen Zustandes hält sie zusammen. Ungarn ist der allen gleich verhasste Feind, in zweiter Linie Deutschland, besonders für Tschechen und Südslawen. Rumänien und Südslawien haben dann in den Bulgaren ihren Spezialfeind, die Rumänen allein in den Russen und die Südslawen allein in den Italienern. So sind die sonst grundverschiedenen Interessen der drei Staaten in der Außenpolitik auf einer gewissen Strecke durchaus einheitlich, laufen dann aber bald wieder auseinander. Das gibt der kleinen Entente ihre Charakteristik. Sie ist in erster Linie ein Instrument zur Niederhaltung Ungarns.

\* \* \*

Von den übrigen Staaten des neuen Balkans haben noch einige wenigstens teilweise dieselben Interessen wie die kleine Entente. Das gilt vor allem für Polen, das in seiner ganzen Zusammensetzung, seiner innern und äußern Lage vollkommen gleichgeartet ist. Nur ist hier das Staatsvolk den Minderheiten gegenüber einheitlicher, die Minderheiten sind aber auch zahlreicher als irgendwo

sonst. Polen hat zwei Feinde: Deutschland und Rußland. Deshalb geht es auch mit der kleinen Entente vielfach zusammen. Daneben ist es aber doch so anders orientiert, es fehlt vor allem die Feindschaft gegen Ungarn und es überwiegt die Feindschaft gegen Rußland derartig, daß es zu einem dauernden Zusammengehen doch nicht kommen kann.

Ahnliches gilt von Griechenland, das in den Bulgaren, Italienern und Türken seine Feinde hat. Deshalb hat es auch mit den beiden Südstaaten der kleinen Entente gleichlaufende Interessen und nähere Beziehungen. Auch hier langt es aber nicht zu dauernder enger Verbindung. Im übrigen ist Griechenlands innere und äußere Lage überraschend ähnlich. Es besitzt gleichfalls ein Nationalitätenproblem und ist in sich selbst furchtbar zerklüftet.

Die baltische Staatengruppe hat teilweise dieselben Interessen wie Polen, steht aber im übrigen durchaus für sich. Estland, Lettland und Litauen sind alle Deutschland und besonders Rußland nicht günstig gesinnt. Dafür besteht aber auch zwischen Litauen und Polen bittere Feindschaft.

\* \* \*

Sehen wir uns nun die Gegenseite an! Das sind selbstverständlich die im Weltkrieg unterlegenen Staaten: Ungarn, Bulgarien, Türkei und Österreich. Von ihnen hat sich die Türkei inzwischen wieder aufgerafft und steht als selbständige Größe da. Sie ist aber derartig mit der inneren Einrichtung beschäftigt, daß sie vorerst in der Hauptsache für die Balkanpolitik ausscheidet. Auch liegen ihre Hauptinteressen, vor allem für die nächste Zukunft, durchaus in Asien. Bei einer allgemeinen Auseinandersetzung wird aber auch die Türkei wieder eine Rolle spielen.

Bei den übrigen drei Staaten haben wir eine weitgehende Übereinstimmung. Sie kranken alle innerlich an der Folge ihrer Niederlage. Die starke Beschneidung, die Kriegs- und Nachkriegslasten haben ihre wirtschaftlichen Verhältnisse völlig ruiniert. Die Finanzen sind ganz zerrüttet. Innerlich sind die Völker scharf zerspalten und streiten sich über die Schuld an der Niederlage. Alle Kräfte müssen einstweilen für den Wiederaufbau verwendet werden. Ein Nationalitätenproblem hat eigentlich nur noch Ungarn, das rund 600,000 Deutsche in seinen Grenzen hat. Es hat sich trotz aller bitterer Erfahrungen nicht dazu entschließen können, ihnen sprachlich Gleichberechtigung einzuräumen, sondern versucht immer noch die Magyarisierung.

Außenpolitisch kommen alle drei Staaten verhältnismäßig wenig in Betracht. Sie sind an Bevölkerungszahl zu klein, an militärischer Kraft zu schwach, um eine selbständige Rolle spielen zu können. Am meisten gilt dies von Österreich, am wenigsten von Ungarn. In dem furchtbar beschnittenen Restungarn und in Bulgarien wohnt eine wilde Entschlossenheit, bei der ersten sich bietenden Gelegenheit das verlorene Gebiet wieder zu gewinnen. Daraufhin geht außenpolitisch ihr ganzes Sinnen und Trachten.

Zu den Gegenspielern der kleinen Entente gehören dann selbstverständlich die beiden großen Nachbarreiche, Deutschland und Rußland. Beide sind heute noch ohnmächtig und können nicht daran denken, das wieder zu holen, was sie verloren haben. Aber in Zukunft?

\* \* \*

Damit kehren wir zu dem Ausgangspunkte unserer Betrachtungen zurück, der Stellung dieses ganzen Staatengemisches im neuen Balkan zur großen europäischen oder Weltpolitik. Es ist zweifellos, daß heute ein beträchtlicher Teil des diplomatischen Kampfes zwischen den Großmächten in diesem Gewimmel von Kleinstaaten ausgetragen wird. Da ist in erster Linie die französische Politik an der Arbeit. Ihr oberstes Ziel ist es, hier im Osten ein ähnliches Instrument zur Niederhaltung und vielleicht auch gänzlichen Vernichtung Deutschlands zu schaffen, wie es vor 1914 Rußland darstellte. Seit 1918 hat es deshalb die Staaten der kleinen Entente und Polen in jeder Weise an sich zu setzen versucht. Das ist ihm ziemlich gelungen. Der gemeinsame Gegensatz gegen Deutsch-

land bildet hier den starken Ritt. Auch in den übrigen Staaten ist die französische Diplomatie im gleichen Sinne tätig. Hier ist sie infolge der Gegensätze untereinander zu keinem dauernden Ergebnisse gelangt. Und selbst bei den entfernteren Gliedern der kleinen Entente macht sich hier und da ein leises Schwanken bemerkbar, sodaß ununterbrochene Anstrengungen notwendig sind, um alle bei der Stange zu halten. Deshalb die fortwährenden Rüstungskredite. Unbedingt zuverlässig sind bloß Polen und die Tschechoslowakei, weil hier der Gegensatz zu Deutschland und das Interesse an dessen Ohnmacht am größten ist. Für diesen Geisteszustand bildet das jüngst geschlossene tschechisch-französische Bündnis einen offenkundigen Beweis. Es hätte dessen aber kaum mehr bedurft. Man weiß ohnehin, daß die größten Kriegsgewinnler auf Gedeih und Verderb miteinander verbunden sind.

Erschwerend macht sich neuerdings das Verhältnis zu dem neu erstarkenden Russland geltend. Polen und Rumänien sehen in Russland ganz mit Recht einen Todfeind, Südslawien und die Tschechei haben für den großen slawischen Bruder immer noch eine stille und jetzt wieder wachsende Vorliebe. Und Frankreich selbst erinnert sich an die guten Dienste des großen Verbündeten und sucht neue Anknüpfungsmöglichkeiten. Was da schließlich herauskommen wird, ist noch unjicher.

Nun macht sich auf diesem diplomatischen Schachbrett immer mehr auch das Eingreifen Englands fühlbar, das, seiner allgemeinen Politik entsprechend, überall Frankreich schurstracks entgegenarbeitet. In der Türkei und in Griechenland sah man das. In Bulgarien wurde mit englischer Unterstützung die franzosenfreundliche Regierung gestürzt und damit die bulgarische Politik wieder in die alten Bahnen gelenkt. Und überall sonst, im Donaugebiet wie im Weichselland, macht sich der englische wirtschaftliche und politische Einfluß bemerkbar. Dies wird sich in Zukunft noch viel deutlicher zeigen. Mancherlei heute schon gesponnene Fäden werden an den Tag kommen.

Als dritter Partner tritt das ebenfalls aufs stärkste beteiligte Italien auf. Südslawien ist sein natürlicher Gegner. Deshalb hat es sich lange besonders für die Gegenspieler der kleinen Entente interessiert und ihnen möglichst auf die Beine geholfen. Nun ist der überraschende Abschluß eines Übereinkommens, ja vielleicht sogar Bündnisses mit Südslawien erfolgt. Wie ist das zu erklären? Auf der Seite Mussolinis unbedingt mit dem Bedürfnis nach einem großen Erfolge und der dringenden Notwendigkeit, angesichts des immer schärfer werdenden Gegensatzes zwischen England und Frankreich sich freiere Hand zu verschaffen. Deshalb der Verzicht auf Positionen um Fiume, die der italienische Nationalismus niemals preisgeben wollte. Und was hat Südslawien vermocht, dem Todfeind, der so viele Stammesgenossen annexiert hat, die Hand zu reichen? Reine Zweckmäßigkeit gründe! Die serbische Regierung ist erstens einmal bei dem Gegensatz mit Italien weit weniger festgelegt als die Kroaten und Slowenen, die die slawische Minderheit in Italien stellen. Ferner hat sie sich bei der immer ernster werdenden innerpolitischen Auseinandersetzung gerade mit der kroatisch-slowenischen Opposition und bei der zunehmenden Spannung mit Bulgarien gerne wenigstens auf einer Seite vorübergehend Luft verschafft. Vorübergehend sage ich ausdrücklich, denn die Gegensätze zwischen den beiden Staaten sind so tiefgehend, daß die Feindschaft früher oder später zu einem Zusammenstoß führen muß. Das italienisch-südslawische Übereinkommen ist also lediglich ein beiderseitiger diplomatischer Schachzug, ein Waffenstillstand angesichts anderer noch dringenderer Aufgaben.

Wir werden in den kommenden Jahren aus dem neuen Balkan noch manche überraschende Nachricht zu hören bekommen. Es ist alles in Fluss. Eine durchgreifende Neuordnung wird dort einmal kommen müssen. Das Nationalitätenproblem muß eine andere Lösung finden, als es in Versailles und Paris erlebt hat. Auch die wirtschaftlichen Verhältnisse drängen auf eine Neugestaltung hin. Dieses ganze Staatengewimmel muß irgend einmal aus seinem chaotischen Zustand, der es nur zum Spielball in den Händen der Großmächte macht, befreit und in seinem eigenen Interesse in irgendwelchen größeren Bindungen zu-

jammengesetzt werden. Dabei wird dann auch das heute ausgeschaltete Mitteleuropa wesentlich, ja entscheidend mitzusprechen haben.

\* \* \*

Ganz kurz sollen noch die Ereignisse der großen Politik verzeichnet werden. Der französisch-englische Gegensatz ist in der letzten Lebenszeit der konservativen Regierung ganz offenkundig geworden. Was sich besonders in der Pfalz abspielt, ist von einem offenen Kriegszustand nicht mehr weit entfernt. Die künftige Arbeiterregierung wird daran kaum viel ändern können. Jrgend ein vernünftiger Ausweg zeigt sich bei der unbeugsamen Haltung der französischen Politik nicht. Vielleicht stehen wir nicht mehr fern von einem offenen Bruche.

In Frankreich werden die kommenden Wahlen immer mehr ihre Schatten voraus. Der Frankensturz der letzten Wochen wird auf ihren Ausgang einen wesentlichen Einfluß ausüben. Die englische Politik ist daran jedenfalls nicht unschuldig. Im übrigen geht Poincaré unentwegt seinen vorge schriebenen Kurs weiter. Abtrennung des linken Rheinusers, Festigung des Ringes um Deutschland im Osten ist sein oberstes Ziel. Erfolg und Rückschlag wechseln dabei.

In Deutschland wird der Zusammenbruch des Sozialismus und die Festsetzung der nationalen Idee in den breiten Massen hie und da offenkundig. Das rote Sachsen hat dafür den letzten Beweis geliefert. Weitere werden folgen. Beiderseits des Rheins vollzieht sich die Entwicklung fast zwangsläufig.

Urau, den 22. Januar 1924.

Hector Ammann.

## Englischer Brief.

**Warum die Baldwin-Regierung gehen mußte. — Die Haltung der Liberalen. — Charakter der britischen Arbeiterpartei und ihre beabsichtigte Politik. — Völkerbundphantasien des Lord Cecil.**

Im Augenblick, wo diese Zeilen geschrieben werden, sind in Westminster die Würfel noch nicht gefallen; aber nur ein Wunder — und ein solches dürfte nicht einmal ein großer Eisenbahnstreik darstellen — könnte noch verhindern, daß sie in dem Sinn fallen werden, daß Großbritannien, wenn diese Zeilen gelesen werden, sich zum ersten Mal einer Arbeiterregierung erfreut, wenn dieser Ausdruck gestattet ist.

Aus den Wahlen ist bekanntlich keine der drei Parteien mit einer absoluten Mehrheit, sei es der Size im Unterhaus, sei es der abgegebenen Stimmen, hervorgegangen, und die Konservativen, auf die sich die Baldwin-Regierung stützt, verfügen als ihr Ergebnis immer noch über 258 der 615 Unterhaussitze gegenüber den 191 der zweitstärksten Partei, der Arbeiterpartei. Unter diesen Umständen war die Frage zu erwarten und sie ist in der Londoner Sensationspresse tatsächlich aufgeworfen worden, warum unter diesen Umständen die Konservativen eigentlich zurücktreten und der Arbeiterpartei Platz machen sollten. Die Antwort darauf lautet natürlich: nach der Verfassung hängt das Recht einer Partei, die Regierung Großbritanniens zu leiten, davon ab, daß sie in den entscheidenden Abstimmungen des Unterhauses über eine Mehrheit verfügt. Die konservative Partei hat in den Wahlen, durch die sie vom Volk eine Billigung ihrer Schutzollpolitik verlangte, ihre bisherige Mehrheit im Unterhaus verloren und die Führer der beiden andern Parteien, die zusammen über eine Mehrheit im Unterhaus verfügen, haben ihre Absicht erklärt, der Baldwin-Regierung so bald als möglich ein Ende zu machen. So bald aber diese Absicht ausgeführt wurde, mußte nach konstitutionellem Gebrauch die Pflicht, die Regierung weiterzuführen, an den Führer der Opposition übergehen, ganz ohne Rücksicht auf die Art, wie diese Opposition zusammengesetzt war. Wie weit und wie lange dieser Oppositionsführer dann regieren kann, hängt einzig davon ab, wie lange er seinerseits in allen wichtigen Abstimmungen eine Mehrheit hinter sich finden wird. Man wird aber vielleicht weiter fragen, warum sich die beiden bürger-

lichen Parteien, für die rund  $9\frac{1}{2}$  Millionen Stimmen abgegeben wurden gegenüber den  $4\frac{1}{2}$  Millionen der Arbeiterpartei, und die im Unterhaus über mehr als zwei Drittel seiner Sitzes verfügen, nicht zusammentaten, um so die zur Fortführung der Regierung nötige Unterhausmehrheit zu bilden und die Bildung einer „sozialistischen“ Regierung zu verhindern? Die kürzeste Antwort auf diese zweite Frage könnte lauten: weil die liberale Partei keine Lust hat, Selbstmord zu begehen und weil die weiseren konservativen Führer dafür halten, daß alles vermieden werden muß, was die britische Arbeiterpartei von den streng konstitutionellen und evolutionären Wegen, die sie bisher wandelte, auf revolutionäre Pfade drängen könnte. Wenn die liberale Partei heute, nachdem sie die konservative Partei in einem heftigen Wahlkampf mit einem Programm bekämpft hat, das in den zwei brennenden Gegenwartsfragen, der der auswärtigen Politik und der der Arbeitslosigkeit, dem Programm der Arbeiterpartei viel näher stand als dem der konservativen, mit eben dieser konservativen Partei eine Fusion einginge, wie der neue Ausdruck zur Vermeidung des verhasst gewordenen Wortes Koalition lautet, dann würde sich der Durchschnittsengländer sagen, die Leute hätten doch Recht behalten, die immer gesagt hätten, zwischen den Konservativen und den Liberalen sei der einzige wirkliche Unterschied die andere Etikette, und die liberale Partei selbst würde sich unfehlbar in ihre zwei Bestandteile auflösen, die liberalen Imperialisten und die Radikalen, von denen jeder dann Anschluß bei seiner Affinität, jener bei den gemäßigten Konservativen, die jener bei den Gemäßigten der Arbeiterpartei finden würde. Ich bezweifle, daß die konservativen Führer eine solche Auflösung der liberalen Partei und eine auf diesem Weg erfolgende Rückkehr zum Zweiparteiensystem wünschen würden. Ein solches Verschwinden der liberalen Partei würde bedeuten, daß die Arbeiterpartei früher oder später unfehlbar nicht nur, wie heute, an die Regierung, sondern auch an die Macht käme. Auch die konservativen Führer halten dafür, daß es die ungleich weisere Politik ist, die Arbeiterpartei genau so zu behandeln, wie jede der beiden andern Parteien unter den gleichen Umständen behandelt werden würde.

Um die ganze Haltung der bürgerlichen Parteien in dieser Krise richtig zu verstehen, muß man daran festhalten, daß die britische Arbeiterpartei zwar nominell eine „sozialistische“ Partei ist und daß zwar viele Führer überzeugte Sozialisten sind, daß aber die überzeugten und grundsätzlichen Sozialisten innerhalb der Partei selbst nur eine kleine Minorität bilden, welche in der Partei im Unterhaus eine viel größere Vertretung besitzt, als ihrer Zahl in der Wählerschaft entsprechen würde. Es ist in dieser Beziehung recht lehrreich, zu sehen, wie wenig die russischen Kommunisten von der britischen Arbeiterpartei erwarten, welche nur dem Namen nach die britischen Arbeiter vertrete und tatsächlich nur den linken Flügel der Bourgeoisie bilde. Die *Izwetia* fragt, was man von einer Partei erwarten könne, die unter ihren Mitgliedern und sogar unter ihren Führern so wenig wünschenswerte Individuen zähle, „wie Leute mit religiösen Überzeugungen, Anglikaner, Katholiken und Angehörige anderer Gekten, wie auch Geheimräte“, und die *Prawda* kann nur hoffen, Ramsay Mac Donalds Bourgeois-Regierung werde den Boden für eine befriedigendere Form des Klassenkrieges bereiten und die Aufdeckung des Bankrottes der britischen Arbeiterpartei werde dazu dienen, „die Kräfte der sozialen Revolution wirklich zu entfesseln“. Aber auch die sozialdemokratischen Parteien des europäischen Festlandes sind der britischen Arbeiterpartei immer mit einem von ihrem Standpunkt aus ganz gerechtfertigten Misstrauen gegenübergestanden, mit einem Gefühl, daß sie trotz aller Übereinstimmung in gewissen geheiligten Bekennnisformeln nicht aus dem gleichen Holz geschnitten sei, wie sie, und daß das vielseitige Wort Sozialismus für sie im Grunde etwas anderes bedeute, als für die kontinentalen Genossen. Vertreter des kontinentalen Sozialismus, welche den Wahlkampf und die folgende Krise hier mitmachten, haben mit viel Naivität bekannt, nichts habe sie unangenehmer berührt als das völlige Fehlen jeden wirklichen Klassenhaßes und die vielen Anzeichen echter christlicher Gesinnung, die ihnen in den Reden der Arbeiterkandidaten wie in der Reaktion der Versammlungen auf

diese Reden begegnet seien. Und statt das Fehlen wirklicher Klassenfeindschaft zu bedauern, sind selbst Führer, die sich für waschechte Marxisten halten, darauf noch stolz! Im übrigen kann ich darauf verweisen, was ich in der Augustnummer über den Charakter der britischen Arbeiterpartei sagte.

Es ist beachtenswert, daß die meisten Fanatiker und marxistischen Doktrinäre, die natürlich auch in der britischen Arbeiterpartei keineswegs fehlen, in Schottland zu Hause sind, dessen Volk infolge anderer Rassenmischung und Geschichte von dem englischen so grundverschieden ist und in seinem ganzen geistigen Habitus mehr Verwandtschaft mit dem kontinentalen, als mit dem englischen zeigt. Diese extremeren Elemente der Partei waren zuerst durchaus dagegen, daß die Arbeiterpartei unter den heutigen Umständen die Regierung übernehme, und befürworteten dann ganz in Übereinstimmung mit der Theorie des Klassenkrieges eine Übernahme nur zu dem Zweck, dem Unterhaus sofort ein demagogisch-sozialistisches Programm vorzulegen, welches die Liberalen den Konservativen in die Arme treiben müßte, worauf dann in einem neuen Wahlkampf der Sturz der Arbeiterregierung als das Ergebnis einer Verschwörung der beiden bürgerlichen Parteien zu erklären wäre, die beide gleich kapitalistisch und volksfeindlich seien. Ramsay Mac Donald hat sofort klar gemacht, daß die verantwortlichen Führer der Arbeiterpartei von einer solchen als Revolutionäre grenzenden Taktik nichts wissen wollen. In seiner großen Programmrede auf der „Siegesfeier“ der Partei in der Alberthalle erklärte er z. B. wörtlich:

„Wir denken nicht daran (nämlich die Regierung nur zu übernehmen, um neue allgemeine Wahlen vorzubereiten). Ich kann euch diese Garantie geben, wenn ihr sie wünscht. Wir werden die Regierung übernehmen, um Arbeit zu leisten. Wir erben ein bankrottes Gut und da sagt man uns, statt es zu kultivieren, statt zu pflügen und zu säen, statt mit allen Mitteln seine Erholung zu fördern, wollten wir es nur noch bankrotter machen. Nichts könnte der Wahrheit entfernter sein.“

Diese ganze Rede — und das gleiche gilt auch von allen weiteren Äußerungen Ramsay Mac Donalds seitdem — war überhaupt außerordentlich charakteristisch für den ganzen Geist, in dem er die Regierung übernimmt und zu führen gedenkt. Wenn Sidney Webb, der große Theoretiker der Partei, auf ihrer letzten Jahresversammlung ihren rein evolutionären Charakter im Gegensatz zu einem revolutionären betonte und als den wirklichen Vater des britischen Sozialismus nicht Karl Marx, sondern Robert Owen proklamierte, „der nicht den Klassenkrieg predigte, sondern die alte Lehre von der menschlichen Brüderlichkeit“, so war Mac Donalds Rede ganz in diesem Geist gehalten. „Ein Schritt“ ist für ihn gut genug, vorausgesetzt, daß er zu einem weiteren Schritt führt. Er erwähnte mit keinem einzigen Wort „die Verstaatlichung aller Produktionsmittel“, „die Abschaffung der kapitalistischen Wirtschaft“ und wie die sozialistischen Schlagwörter sonst heißen; er konzentrierte sich vielmehr ganz auf die zunächstliegenden Probleme, deren Lösung die Nation verlangt, auf das Problem der Arbeitslosigkeit und der auswärtigen Politik, auf das Problem, wie sich England Prosperität und Europa Friede zurückgeben lassen, was beides natürlich aufs engste zusammenhängt. Kurz, es war eine Rede, wie sie die meisten liberalen Staatsmänner und auch manche konservative hätten halten können. Wer das englische Volk kennt, weiß, daß es zuletzt seine Staatsmänner und Parteien nicht nach dem, was sie sagen oder nach der Etikette, die sie sich selbst oder die andere ihnen aufkleben, beurteilt, sondern nach dem, was sie tun und zuwegebringen. Wenn Mac Donalds Regierung auch nur einigermaßen erreicht, was sie sich vorgenommen hat, wenn sie England in Europa wieder zu einem maßgebenden Faktor machen und die Flut der Arbeitslosigkeit in das normale Bett zurückdämmen kann, dann wird sie die populärste Regierung sein, die England seit lange gehabt hat und braucht keine liberalen oder konservativen Machenschaften zu befürchten. Übers Jahr dürfte man wissen, wie es sich mit diesem „Wenn“ verhält; es wird dann entschieden sein, ob die Arbeiterregierung ebenso schnell abgewirtschaftet hat, wie die konservative es tat. Zuletzt wird natürlich auch für Mac Donald Erfolg oder Misserfolg davon

abhängen, wie er in seinem Ringen mit Poincaré und dem Poincarismus fahren wird. Wenn aber für seine Vorgänger in diesem Ringen Mangel an Mut, an Vertrauen auf die sittlichen Kräfte der Welt, an Idealismus verhängnisvoll war, so liegt für Mac Donald die Gefahr viel mehr in einem Überfluß an diesen an sich schähenwerten Eigenschaften.

Ramsay Mac Donald erklärte, in der auswärtigen Politik werde das Streben einer Arbeiterregierung dahin gehen, alle die Bänkereien Europas hinter sich zu werfen und „mit Frankreich, Italien, Russland, Deutschland — mit allen Nationen — eine Verständigung nicht rivalisierender militärischer Gewalt, sondern menschlicher Wesen, die keinen Grund zur Feindschaft haben, herzustellen.“ Diese Erklärung macht zum mindesten seinem Herzen Ehre. Wenn er aber fortfuhr: „es werde seine Politik sein, den Völkerbund zu vervollständigen und ihn ohne Vorbehalt zum Hauptwerkzeug für die Herstellung internationaler Gerechtigkeit zu machen“, so kann man nur hoffen, daß er dabei an einen ganz anderen Völkerbund dachte, als den sogenannten Völkerbund, und daß er nicht in der Welt der Illusionen und gewollten Selbsttäuschungen lebt, in der sich der hiesige Völkerbundsverband und sein Hohepriester, Lord Robert Cecil oder wie er heute nach seiner Flucht ins Oberhaus heißt, Lord Cecil of Chelwood, beständig bewegen. Sein Versuch, Europa endlich in ein Reich des Friedens und der Gerechtigkeit zu führen, wäre sonst von vorneherein ein Versuch mit einem untauglichen Mittel! Genannter Verband beging soeben den fünften Geburtstag des Völkerbundes nach englischer Art mit einem Bankett, auf dem der genannte Lord die Festrede hielt und darin die Verdienste des Völkerbundes um die Welt und die Ausbreitung der Völkerbundsidee in einer Weise verherrlichte, wie sie die Rede zur reinsten Karikatur der Wirklichkeit mache. Niemand dürfte wohl ernstlich bestreiten, daß von den vier Jahren, die auf den Verrat von Versailles folgten, das letzte das schlimmste war, daß in keinem die Grundsätze internationaler Gerechtigkeit und zivilisierten Zusammenlebens, welche der Völkerbund verwirklichen soll, offener und schamloser verlegt wurden, und daß in keinem eben dieser Völkerbund eine flagrancere Rolle spielte. Und trotzdem brachte es unser edler Lord fertig, wörtlich zu erklären: „Wir alle stimmen darin überein, daß die Aussichten der Welt in der Tat schwarz und traurig wären, wenn das große Experiment des Völkerbundes nicht erfolgreich wäre. Ich sage aber mit allem Nachdruck, dessen ich fähig bin, daß wir nach meinem Urteil mit Hoffnung, ja mit Zuversicht in die Zukunft blicken dürfen. Der Völkerbund steht heute stärker da in der Welt, als je zuvor.“ (!) Der Redner hatte zwei Gründe für diese ungeheuerliche Behauptung: einmal die glänzende Weise, wie er den großen Sturm anlässlich des Korfu-Zwischenfalles überlebt habe, und dann die Einmütigkeit, womit alle Parteien in Frankreich, an ihrer Spitze Poincaré, für den Völkerbund seien, wovon er sich bei seinem letzten Aufenthalt in Paris persönlich überzeugt habe! In der ganzen langen Rede sucht man umsonst die Wörter Ruhr, Pfalz und Saargebiet, von denen die zwei ersten für den Völkerbund zum mindesten Unterlassungssünden und das dritte sogar eine Begehungssünde ausdrücken. Denn im Saargebiet ist der Völkerbund direkt in einen schlimmen Skandal verwickelt, weil all der grobe Machtmissbrauch, durch den Poincaré auch hier eine Besetzung in eine Annexion zu verwandeln sucht, in seinem Namen geschieht. Der Timesvertreter, der gegenwärtig in einer Reihe mutiger, an Ort und Stelle geschriebener Artikel den abscheulichen Terrorismus aufdeckt, womit die Franzosen mit Hülfe gemieteter Verbrecher und Verräterbanden den Unabhängigkeitsgeist der unglücklichen Pfälzer zu brechen suchen, schließt seinen letzten Artikel mit folgendem Satz: „Und der Völkerbund?“ „Ja,“ antworten einem die Pfälzer, „wir würden glauben, daß der Völkerbund uns in unserer großen Not helfen könnte, daß er eine wirklich unabhängige Volksabstimmung leiten könnte, — wenn wir nicht die nächsten Nachbarn des Saargebietes wären.“ Ein vernichtenderer Kommentar zu Cecils Völkerbundshymne ist wohl kaum denkbar!